

Aus: junge Welt vom 25. Juni 2008
<http://www.jungewelt.de/2008/06-30/061.php>

ERST WASHINGTON, DANN BRÜSSEL EU AUF DEN SPUREN DER USA: NEUE STRAFMASSNAHMEN GEGEN IRAN VERHÄNGT. BANKBÜROS GESCHLOSSEN

Von Knut Mellenthin

Unter dem Druck der USA hat die Europäische Union am Wochenanfang zusätzliche Sanktionen gegen Iran beschlossen. Der britische Premierminister Gordon Brown hatte die Maßnahmen im Alleingang schon am Montag voriger Woche angekündigt. Das offenbar unabgesprochene Vorpreschen des Juniorpartners der USA war als Zeichen für Meinungsverschiedenheiten innerhalb der EU interpretiert worden.

Der genaue Inhalt der jetzt vereinbarten Sanktionen war am Dienstag (bei jW-Redaktionsschluß) noch nicht bekannt. Nach den vorliegenden Informationen steht die staatliche iranische Großbank Melli im Zentrum der Strafmaßnahmen. Ihre Konten im Bereich der EU sollen eingefroren, ihre Büros in Hamburg, London und Paris geschlossen werden; der Bank wird jede Geschäftstätigkeit in Europa untersagt. Begründet wird das damit, daß Melli an der Atomwirtschaft und Rüstungsindustrie Irans beteiligt sei. Ferner unterhalte sie Finanzbeziehungen zu »Terrororganisationen« – gemeint sind Hisbollah und Hamas. Zu den neuen Sanktionen gehören außerdem Einreiseverbote gegen »leitende« Personen der iranischen Wirtschaft und Verwaltung. Die USA-Regierung hatte ähnliche Sanktionen gegen die Melli-Bank und zwei weitere iranische Großbanken schon im Oktober vorigen Jahres verhängt und die EU-Partner seither bedrängt, sich anzuschließen.

Die Sanktionen der USA und der EU erweitern die Strafmaßnahmen, die der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in drei Resolutionen am 23. Dezember 2006, 24. März 2007 und 3. März 2008 beschlossen hat. Sie untersagen unter anderem die Lieferung von Gütern, die dem iranischen Atomprogramm oder der Raketenproduktion dienen können. Außerdem wurden gegen zahlreiche Iraner, die mit dem Atomprogramm oder der Revolutionsgarde in Verbindung stehen sollen, Einreiseverbote und die Beschlagnahmung ihrer Auslandskonten angeordnet. Darüber hinaus forciert die US-Regierung seit etwa einem Jahr Maßnahmen außerhalb der UNO, um Druck auf Rußland und China auszuüben, die den Konfrontationskurs nur noch zögerlich mitmachen.

Im Vorfeld der jetzt verabschiedeten neuen EU-Sanktionen hatten iranische Zeitungen unter Berufung auf Regierungsmitglieder gemeldet, daß die betroffenen Banken damit begonnen hätten, ihre Gelder aus Europa abziehen, um sie vor der unmittelbar drohenden Beschlagnahmung zu retten. Einlagen in Höhe von 75 Milliarden Dollar, so hieß es, seien teils in Gold und Aktien umgewandelt, teils auf Konten bei asiatischen Banken umgeleitet worden. Diese absolut logisch und plausibel erscheinenden Schutzmaßnahmen wurden jedoch von iranischen Stellen kategorisch dementiert. Es sei kein Geld aus Europa abgezogen worden, erklärten Bankensprecher in Teheran vor einer Woche. Das werde auch künftig nicht geschehen. Es gebe keine derartigen Pläne, und es sei darüber noch nicht einmal diskutiert worden.

Die scheinbare Gelassenheit der iranischen Banken mag damit zusammenhängen, daß Teheran laut Presseberichten erhebliche Handelsschulden bei europäischen Unternehmen hat, mit deren Nicht-Rückzahlung Iran drohen könnte.